



Nötige grundlegende Erneuerungen wie hier in Rodheim sollen warten, bis es eine Entscheidung für wiederkehrende Straßenbeiträge gibt, sagen die Grünen. (Foto: Archiv)

Grüne pro Straßenbeiträge

GA All 21.4.2017

Ökopartei unterstützt SPD-Vorstoß: Mehr soziale Gerechtigkeit für Hungen

Hungen (pm/ti). Im Oktober hatte die Hungen SPD beantragt, in der Schäferstadt wiederkehrende Straßenbeiträge einzuführen, im März dazu eine Informationsveranstaltung mit Busecks Bürgermeister Dirk Haas abgehalten. Beraten werden soll das Thema zwar nicht in der nächsten Sitzungsrunde der Fachausschüsse, aber wohl in der darauffolgenden. Die Grünen kündigen in einer Pressemitteilung jetzt ihre Unterstützung für den Vorstoß der Genossen an. Statt – wie bisher üblich – die Eigentümer der Häuser und Grundstücke entlang einer Straße einmalig und heftig zur Kasse zu bitten, wollen auch sie die Belastung auf viele Schultern und Jahre verteilen. Das hessische Gesetz über kommunale Abgaben (KAG) erlaubt dies seit 2013.

In Rheinland-Pfalz, Bayern und einigen anderen Bundesländern sei dieses Erhebungsverfahren seit Jahren Standard. Hessen habe »aus guten Gründen nachgezogen«.

Im Landkreis macht Buseck bereits vor, wie es geht. In anderen Kommunen wie Laubach, Pohlheim oder Staufenberg wird über die Einführung diskutiert.

Die FW/CDU-Mehrheit stimmte im Oktober zwar für eine Diskussion in den Ausschüssen, äußerte sich gegenüber einer Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen aber skeptisch. Insbesondere mit Blick auf den Verwaltungsaufwand, der ihrer Auffassung bei diesem Modell steigen würde. Nach Ansicht der Grünen hängt dieser sehr stark von den bereits verfügbaren Daten ab, denn die Beiträge richten sich nach Grundstücksgröße, Geschossflächenzahl und Art der Nutzung. Fällig seien Beiträge für grundlegende Erneuerung sowie Verbesserung und Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur. Die Höhe möglicher Beiträge lasse sich aus tatsächlich angefallenen Kosten in früheren Jahren abschätzen. Für die Zeit der Umstellung gebe es bereits bewährte Regelungen.

Der befürchtete Mehraufwand würde »wahrscheinlich schon dadurch ausgeglichen, dass die im bisherigen Verfahren üblichen Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung und betroffenen Grundstückseigentümern praktisch entfallen«, heißt es in der Pressemitteilung.

Die Grünen fordern daher die Verwaltung auf, die Option zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur deutlichen Entlastung der Bürger zu prüfen und die Ergebnisse in einer Bürgerversammlung zu präsentieren. Bis zu einer Entscheidung über die Einführung wiederkehrender Straßengebühren sollten ihrer Ansicht nach keine grundhaften Straßenerneuerungen mit einer Finanzierung nach den »überkommenen Regeln« in Angriff genommen werden. Und: »Unabhängig davon sollten alle Eigentümer mit einem Vorlauf von mindestens fünf Jahren informiert werden, wann in ihrer Straße mit Sanierungsarbeiten zu rechnen ist.«